

Dr. phil. Florian Detjens

Philipp-Brandin-Straße 7

18146 Rostock

# **Bericht zur NS-Vergangenheit**

von

**Prof. Dr. Günther Rienäcker**

und

**Prof. Dr. Wolfgang Langenbeck**

Rostock, den 4. März 2021

# Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen.....	1
1. NS-Vergangenheit	
1.1. Günther Rienäcker.....	2
Politisches Engagement / Wehrdienst / Ämter und Funktionen.....	3
Wissenschaftliche Tätigkeit.....	7
1.2. Wolfgang Langenbeck.....	9
Politisches Engagement / Wehrdienst / Ämter und Funktionen.....	10
Wissenschaftliche Tätigkeit.....	13
2. Entnazifizierung.....	17
3. Grundlegende Quellenprobleme als Begrenzung für die Aussagekraft zur NS- Vergangenheit.....	27

## Vorbemerkung

In dem vorliegenden Bericht wird auf folgende Aspekte eingegangen:

- Welche Informationen zur NS-Vergangenheit liegen für die beiden Gründer des Rostockers Instituts für Katalyse, Günther Rienäcker und Wolfgang Langenbeck, vor?
- Welche Rückschlüsse lassen sich daraus über mögliche Verstrickungen mit dem NS-Staat vor allem mit Blick etwa auf Forschung für Rüstungszwecke und ggf. auch chemische Kampfstoffe gezogen werden?
- Welche Hinweise auf politisches Engagement oder zumindest Mitgliedschaften in diversen NS-Organisationen finden sich und wie können diese eingeordnet werden?
- Welchen Aussagewert haben die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durchgeführten Entnazifizierungsverfahren?

Für die Einschätzung der vorgenannten Aspekte ist es zudem notwendig, die bisweilen nur begrenzte Aussagekraft der vorhandenen archivischen Überlieferung zu berücksichtigen. Gerade mit Blick auf Forschungen im „Dritten Reich“ sind nicht bloß die Zerstörung von Unterlagen durch Kriegseinwirkungen zu nennen, sondern auch das gezielte Vernichten von Materialien, die den alliierten Siegermächten nicht in die Hände fallen sollten. Hinzu kommt, dass es gerade bei militärisch relevanter bzw. „kriegswichtiger“ Forschung Geheimhaltungsstufen gab, die verhinderten, dass es überhaupt im größeren Still Überlieferungen geben kann. Folglich kann aus dem Umstand, dass bestimmte Unterlagen nicht existieren, nicht der zweifelsfreie Schluss gezogen werden, es habe etwa bestimmte, militärisch bzw. anderweitig kriegswichtige Forschungsvorhaben nicht gegeben.

Die folgenden Angaben und Analysen basieren auf einer ersten Recherche, die nicht für sich beanspruchen kann, als abgeschlossen zu gelten. Für Aussagen zur NS-Vergangenheit von Günther Rienäcker konnte dabei auf die im Universitätsarchiv Rostock befindliche Personalakte sowie die Überlieferungen zum Chemischen Institut sowie weiterer Akten anderer Provenienz zurückgegriffen werden, die dem Bearbeiter bereits aus seiner frühen Tätigkeit vorlagen. Bei Wolfgang Langenbeck wurde zwar dessen Personalakte im Universitätsarchiv Rostock herangezogen, doch diese setzt erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein. Für seine früheren Tätigkeiten wurden daher Angaben in der einschlägigen Forschungsliteratur genutzt. Daraus wurde ersichtlich, dass an seinen früheren Wirkungsstätten an der Universität Greifswald und der Technischen Hochschule Dresden – heute TU Dresden – vermutlich kaum noch Archivalien zu ihm und seinem Wirken zu finden sind. Dies müsste allerdings noch durch weitere Recherchen sowohl in den beiden Hochschularchiven als auch im Bundesarchiv

verifiziert werden. Da sich das Ministerium für Staatssicherheit der DDR zudem für die NS-Vergangenheit von Funktionsträgern im eigenen Land interessierte, könnte auch eine entsprechende Recherche beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) in Frage kommen. Allerdings war die Staatssicherheit der DDR gerade in den 1950er-Jahren noch eine eher kleine Einrichtung, sodass fraglich ist, ob die beiden Gründungsdirektoren des Katalyse-Instituts überhaupt durchleuchtet worden sind. Hinzu kommt, dass ab den 1980er-Jahren die Stasi begann, ältere und nicht mehr benötigte Akten zu vernichten, was gerade die Überlieferung für die 1950er-Jahre getroffen hat.

Es sei zudem darauf hingewiesen, dass es wohl keinen völlig objektiven Maßstab für die Bewertung der Verstrickung einer Person in den NS-Staat gibt, sondern vielmehr eine Vielzahl an Grauschattierungen hier ein Bild ergeben.

Die Angaben insbesondere zum politischen Engagement der beiden Gründungsdirektoren des Katalyse-Instituts nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und in der DDR dienen lediglich der Information. Eine Einschätzung ihres Handelns in der zweiten deutschen Diktatur wird nicht vorgenommen.

## **1. NS-Vergangenheit**

### **1.1. Günther Rienäcker**

Günther Rienäcker wurde am 13.05.1904 in Bremen als Sohn eines Lehrers geboren und studierte von 1922 bis 1926 Chemie an der Universität München, wo er 1925 sein Examen zum Diplomchemiker ablegte und im Oktober 1926 mit einer Arbeit zum Thema „Neue potentiometrische Titrationsmethoden zur Bestimmung von Schwermetallen“ promoviert wurde. Anschließend arbeitete er als außerplanmäßiger Assistent am dortigen Physikalisch-Chemischen Institut. Im Oktober 1929 wechselte er als planmäßiger Assistent ans Institut für Physikalische Chemie sowie das Chemische Laboratorium der Universität Freiburg. Dort habilitierte er im Mai 1935 zum Thema „Der Zerfall des Ameisensäuredampfes an Kupfer-Gold- und Silber-Gold-Legierungen. Katalytische Untersuchungen an Legierungen“. Ab Februar 1936 war er dann als Dozent für Anorganische und Analytische Chemie an der Universität Freiburg tätig. Im November desselben Jahres übernahm er die Vertretung des Lehrstuhls für Anorganische, Analytische und Technologische Chemie zusammen mit der Leitung des Technologisch-Chemischen Instituts an der Universität Göttingen. Seine Berufung zum außerordentlichen Professor erfolgte im September 1938. Ab November 1942 vertrat er

den Lehrstuhl für Anorganische Chemie an der Universität Rostock, wo er von Februar 1943 bis Dezember 1953 ordentlicher Professor war und seit Juli 1943 zugleich als Direktor des Chemischen Instituts fungierte und dessen Anorganischen Abteilung vorstand. In seine Rostocker Zeit fällt auch die Gründung des Instituts für Katalysforschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften 1952, dessen Direktor er wurde. Bereits im Zuge der Berufung Rienäckers 1942 nach Rostock hatte es die Idee gegeben, dass er zusammen mit dem später ebenfalls nach Rostock berufenen Günter Viktor Schulz einen nicht näher bezeichneten „Arbeitskreis“ – möglicherweise für Katalysforschung – aufbauen sollte<sup>1</sup>. 1954 wurde er als Professor mit Lehrstuhl für Anorganische Chemie und Direktor des I. Chemischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin berufen. Von 1963 bis zu seiner Emeritierung 1969 fungierte er als Forschungsdirektor am Institut für Physikalische Chemie der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Am 13.06.1989 verstarb er, mit zahlreichen Auszeichnungen und Mitgliedschaften bedacht, in Berlin.<sup>2</sup>

### **Politisches Engagement / Wehrdienst / Ämter und Funktionen**

Neben seiner vielbeachteten wissenschaftlichen Tätigkeit zeichnete sich Rienäcker durch politisches Engagement in beiden deutschen Diktaturen aus. 1923 hatte er zunächst als Zeitfreiwilliger Militärdienst bei der Reichswehr geleistet, ist aber sonst nicht weiter in Erscheinung getreten. Ab 1934 war er jedoch in einer Reihe von NS-Organisationen Mitglied: dem NS-Lehrerbund, der NS-Volkswohlfahrt, dem Reichsluftschutzbund und dem NS-Bund Deutscher Technik. Von August bis Oktober 1935 absolvierte er zudem eine militärische Ausbildung im Ergänzungs-Bataillon 29 in Villingen<sup>3</sup>. Eine NSDAP-Mitgliedschaft oder die bei Hochschullehrern oft anzutreffende Mitgliedschaft im NS-Dozentenbund liegen bei ihm allerdings nicht vor<sup>4</sup>. Dessen ungeachtet war er in Freiburg Vertrauensmann des NS-Dozentenbundes für das Chemische und Zoologische Institut. In seiner Zeit in Göttingen nahm er an mehreren Lehrgängen zur Ausbildung von Kampfstoffuntersuchungsstellenleitern in Hannover teil und errichtete ein von ihm geleitetes Kampfstoffuntersuchungslabor in Göttingen. Zudem war er Mitglied der örtlichen Luftschutzleitung und Ausbilder von Entgiftungstrupps.

---

<sup>1</sup> Vgl. Florian Detjens: Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit? Die Universität Rostock im Nationalsozialismus 1932/33–1945, Berlin 2020 (= Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert, Bd. 8), S. 290 f.

<sup>2</sup> Vgl. Michael Buddrus, Sigrid Fritzlar: Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon, Professorenlexikon, München 2007 (= Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 16), S. 333–336.

<sup>3</sup> Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde dem Deutschen Reich im Friedensvertrag von Versailles u.a. vorgeschrieben, auf die Wehrpflicht zu verzichten und Reichswehr auf etwas mehr als 100.000 Mann zu begrenzen. Das NS-Regime setzte sich darüber allerdings hinweg und führte im März 1935 – nicht zuletzt als Teil der Wiederaufrüstung und Kriegsvorbereitung – die Wehrpflicht wieder ein.

<sup>4</sup> Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 22 f.

In Rostock gehörte es dann zu seinen Aufgaben, das von einem mehrtätigen Bombardement der Stadt im April 1942 in Mitleidenschaft gezogene Chemische Institut wiederaufzubauen, über Tätigkeiten im Bereich Kampfstoffe wie in Göttingen ist nichts bekannt<sup>5</sup>.

Wenige Wochen nach der Kapitulation der Wehrmacht am 8./9. Mai 1945 und dem Ende des Zweiten Weltkrieges übernahm er bereits im Juni 1945 das Amt des Dekans der Philosophischen Fakultät<sup>6</sup>. Als die Universität Rostock mit Erlaubnis der Sowjetischen Militäradministration 1946 wieder öffnen durfte, wurde Rienäcker zum Rektor ernannt und übte das Amt bis 1948 aus, um anschließend bis 1949 noch Prorektor der Universität zu sein. In dieser Funktion gehört er zu den Schlüsselfiguren bei der Entnazifizierung an der Universität Rostock<sup>7</sup> – eine Rolle, die zu den zahlreichen Forschungsdesideraten der Rostocker Universitätsgeschichte zählt. Von 1951 bis 1953 war er dann noch einmal Dekan der inzwischen eingerichteten Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät sowie Prorektor für Forschungsangelegenheiten.

Bereits im September 1945 trat er der SPD bei und wurde nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) deren Mitglied. Sein ausgeprägtes politisches Engagement in der Nachkriegszeit sowie der jungen DDR fällt dabei besonders auf. Denn von 1946 bis 1951 war er Stadtverordneter der Stadt Rostock, zusätzlich bis 1952 noch Abgeordneter des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern und von Oktober 1949 bis Oktober 1950 sowie noch einmal von 1958 bis 1963 Abgeordneter der Volkskammer der DDR. 1958 bis 1963 war er sogar Mitglied im Zentralkomitee der SED.<sup>8</sup>

Der Umstand, dass Rienäcker kein NSDAP-Mitglied war, behinderte seine Karriere im NS-Staat keinesfalls. Er galt verschiedenen NSDAP-Stellen, die z.B. bei einem Hochschulwechsel zu einer Stellungnahme zur politischen Zuverlässigkeit gebeten wurden, ohne Einschränkung als politisch zuverlässig, wenngleich er als politisch nicht allzu aktiv, sondern mehr als ein aufs fachliche beschränkter Wissenschaftler charakterisiert wurde. Angeblich soll er trotzdem an „Parteiveranstaltungen“ teilgenommen und sich auf Anfrage auch eingebracht haben. Der aus

---

<sup>5</sup> Vgl. Detjens, Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit, S. 290–298.

<sup>6</sup> Die Naturwissenschaften waren in Rostock lange Zeit noch Teil der Philosophischen Fakultät, da unter anderem der 1939 initiierte Versuch einer Fakultätsgründung wegen des Zweiten Weltkrieges nicht zustande kam. Dies änderte sich erst 1951/52 mit der Schaffung einer eigenen Fakultät. Vgl. Detjens, Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit, S. 212 f.

<sup>7</sup> Für einen Überblick zur Entnazifizierung an der Universität Rostock und zu Rienäckers Rolle siehe: Catharina Trost, Die Wiedereröffnung der Universität Rostock nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Kersten Krüger (Hrsg.): Die Universität Rostock 1945–1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung (= Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte, Bd. 6), Rostock 2008, S. 103–176, hier S. 116–158.

<sup>8</sup> Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 333–336.

DDR-Zeiten stammenden Behauptung, seine bereits 1933 angemeldete Habilitation habe sich bis 1935 wegen seiner „antifaschistischen Haltung“ verzögert, ist dabei zu widersprechen. Denn tatsächlich hatte die Einführung einer neuen Habilitationsordnung an der Universität Freiburg das Verfahren verzögert.<sup>9</sup>

Zumal auch nicht nachvollziehbar ist, warum bei politischen Bedenken gegen Rienäcker von Seiten der Nationalsozialisten 1935 – also inmitten der Hochphase der politischen Berufungen – die Habilitation erfolgt sein sollte. Im „Dritten Reich“ war die Habilitation und die damit einhergehende Verleihung der *Venia Legendi* nicht nur von der fachlichen, sondern auch von einer im nationalsozialistischen Sinne politisch-charakterlichen Eignung abhängig. Sollte er tatsächlich eine erkennbare Ablehnung des Nationalsozialismus gezeigt haben, steht dies außerdem im Widerspruch zu den positiven Einschätzungen von Stellen der NSDAP bzw. ihrer Organisationen zu Rienäckers politischer Zuverlässigkeit. Hätte sich seine Habilitation tatsächlich aus so einem Grund verzögert, dürfte dies dem örtlichen NS-Dozentenbund wohl kaum entgangen sein. Seiner Ernennung zum Extraordinarius und später zum Ordinarius stand jedenfalls aus Sicht der nationalsozialistischen Entscheidungsträger nichts entgegen. Dies lässt darauf schließen, dass Rienäcker sich nicht nach außen erkennbar gegen das NS-Regime betätigt hat.

Günther Rienäcker erhielt als einer von mindestens 32 Angehörigen der Universität Rostock zudem ein Kriegsverdienstkreuz, in seinem Fall ein Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter<sup>10</sup>. Zusammen mit seinen beiden Rostocker Kollegen Kurt Maurer und Günter Viktor Schulz bekam er 1944 die Auszeichnung als Anerkennung seiner wehrwissenschaftlichen und als kriegswichtig geltenden Forschungen sowie seiner Verdienste beim (Wieder-)Aufbau des durch Bombenangriffe beschädigten Chemischen Instituts verliehen.<sup>11</sup>

Überlieferungen aus denen die private Haltung Rienäckers zum Nationalsozialismus während oder vor dem „Dritten Reich“ ersichtlich wird, sind – wie bei den allermeisten Akteuren jener Jahre – nicht archivisch überliefert. Ob etwaige Angehörige bzw. Nachfahren hier noch Material beisteuern könnten respektive wollen, müsste separat geklärt werden.

Aus Rienäckers Mitgliedschaften in verschiedenen NS-Organisationen lässt sich keine klare Aussage zu seiner politischen Haltung ableiten. Die NS-Volkswohlfahrt (NSV) war mit gut 17

---

<sup>9</sup> Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S 333–334.

<sup>10</sup> Hierbei handelt es sich um die niedrigste Stufe des Kriegsverdienstkreuzes. Dabei ist jedoch zu beachten, dass höhere Stufen in der Regel vorherige Auszeichnungen voraussetzten und zudem auch an Kategorien wie etwa Feindberührung o.ä. geknüpft waren, was vom Labor aus schwerlich erreichbar war.

<sup>11</sup> Vgl. Detjens, Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit, S. 237–240, 305, 311.

Millionen Mitgliedern nach der NSDAP die zweitgrößte NS-Organisation überhaupt. Die nur scheinbar ideologiefreie soziale Tätigkeit der NSV trug jedoch mit zur Stabilisierung des NS-Regimes bei. Der Anspruch des NS-Lehrerbunds (NSLB) wiederum war es, möglichst alle Personen zu erfassen, die mit der Erziehung von Kindern, Jugendlichen und Studenten zu tun hatten. Seine wesentliche Aufgabe bestand darin, die Mitglieder ideologisch zu schulen und auf die nationalsozialistische Weltanschauung auszurichten. Allerdings geriet er damit in Konkurrenz zu anderen Parteiorganisationen und wurde 1943 sogar aufgelöst, was ein deutlicher Hinweis auf die Bedeutungslosigkeit des Vereins innerhalb des NS-Staates sein dürfte. Der Nationalsozialistische Bund Deutscher Technik (NSBDT) war ein angeschlossener Verband der NSDAP, war aber im Gegensatz zur NSV politisch bedeutungslos.<sup>12</sup>

Allerdings darf grundsätzlich die indoktrinierende und die disziplinierende Wirkung solcher Verbände keineswegs unterschätzt werden. Ebenso wenig darf aus Fehlen von Mitgliedschaften, insbesondere in der NSDAP, auf eine prinzipielle Distanz zum Regime geschlossen werden, da etwa politische Berührungspunkte mit der nationalsozialistischen Ideologie oder auch die sonstige Bereitschaft, an Zielen des NS-Regimes mitzuwirken, keineswegs nur durch Mitgliedschaften zum Ausdruck gebracht wurden.<sup>13</sup> Dies zeigt sich etwa in Rostock, wo der Tierpathologe Kurt Poppe, bei dem keine Mitgliedschaften in der NSDAP oder sonstigen Organisationen bekannt sind, mit Hilfe des Heereswaffenamtes (HWA) inmitten des Zweiten Weltkrieges ein Forschungsinstitut für Mikrobiologie aufbaute und dort geheim gehaltene Wehrforschungen durchführen sollte. Ebenso ist in Rostock 1937 mit dem Pharmakologen Ernst Ruickoldt jemand zum Universitätsrektor ernannt worden, der zum Zeitpunkt seiner Benennung noch nicht einmal NSDAP-Mitglied war. Denn schon Zeitgenossen galt eine bloße Mitgliedschaft in NS-Organisationen keineswegs als Granat für entsprechende politische Haltung und Engagement für den NS-Staat.<sup>14</sup> Nicht zuletzt zeigt auch Rienäckers eigene Karriere vom Assistenten zum ordentlichen Professor im NS-Staat, dass (Partei-)Mitgliedschaften keineswegs für berufliches Fortkommen erforderlich waren.

---

<sup>12</sup> Vgl. Mario Wenzel: Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/Main 2007, S. 19–38, hier S. 33–37.

<sup>13</sup> Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 22 f.; Daniels, Mario: Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Institutionalisierungsprozesse und Entwicklungen des Personenverbandes an der Universität Tübingen 1918–1964, Stuttgart 2009 (= Contubernium. Tübinger Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 71), S. 40–42.

<sup>14</sup> Vgl. Detjens, Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit, S. 67 f., 318–347.



## Wissenschaftliche Tätigkeit

Günther Rienäckers Katalysatorforschungen stießen nicht nur in der Industrie auf großes Interesse, sondern wurden auch von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau<sup>15</sup> (RWA) gefördert.<sup>16</sup> Dazu hatte maßgeblich der sogenannte Vierjahresplan von 1936 beigetragen, mit dem das NS-Regime die Kriegsvorbereitungen einleitete.<sup>17</sup> Im Wesentlichen sollte das Deutsche Reich im Sinne der Autarkie von Importen unabhängiger gemacht werden. Dabei ging es nicht um rein ökonomische Erwägungen, sondern auch um die sogenannte Blockadefestigkeit. Mit Blick auf den früher oder später beabsichtigten Waffengang und den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges sollte die Ernährungslage und Industrieproduktion das Deutsche Reich nicht erneut durch eine Seeblockade massiv beeinträchtigt werden. Um diese Ziele zu erreichen, bedurfte es unter anderem intensiver chemischer Forschung, etwa für Ersatz- oder synthetische Stoffe.<sup>18</sup>

Als die Universität Rostock 1942 Rienäcker berufen wollte, begründete sie dies unter anderem mit der allergrößten Bedeutung, die seine Forschung zur Wirksamkeit von Katalysatoren habe und dass er dadurch Verbindungen zur Industrie und zum RWA hatte. Da die Forschung der Rostocker Chemiker, einschließlich Rienäckers, in diese (forschungs-)politischen Zielvorgaben passte, waren sie auch mit entsprechenden Dringlichkeitsstufen<sup>19</sup> versehen. Allerdings handelt es sich dabei um teilweise als geheim eingestufte Arbeiten, weshalb die Überlieferung

---

<sup>15</sup> Das RWA wurde 1936 im Zuge des Vierjahresplans unter der Bezeichnung „Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe“ gegründet. Es hatte die Aufgabe, die teuren Rohstoffimporte des Deutschen Reiches zu reduzieren, indem es unter anderem durch Forschungsförderung zu einer Steigerung der in Deutschland produzierten Ersatzstoffe beitragen sollte. Seit 1939 wurde es von Carl Krauch geleitet, der unter anderem Vorstands- und später Aufsichtsratsvorsitzender der I.G. Farbenindustrie war. Das RWA fungierte als Bindeglied zwischen Wehrmacht und ihrer Anforderungen im Rahmen der Aufrüstung und Kriegsführung auf der einen Seite und der Industrie, aber auch verschiedenster staatlicher und privater Forschungseinrichtungen. Mit der ebenfalls 1939 erfolgten Umbenennung war das Amt dann u.a. für die Herstellung und Entwicklung von Leichtmetallen, synthetischem Kautschuk, aber auch Spreng- und chemischen Kampfstoffen zuständig. Vgl. Rüdiger Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Bd. I, Göttingen 2007 (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 15/1), S. 286–292, 309.

<sup>16</sup> Vgl. Buddrus, *Professorenlexikon*, S. 333.

<sup>17</sup> Vgl. für Literaturhinweise siehe: Detjens, *Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit*, S. 203 f.

<sup>18</sup> Vgl. Sören Flachowsky: *Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat*. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg, Stuttgart 2008 (= *Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft*, Bd. 3), S. 217–223; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 571–576; Kahlert, Heinrich: *Chemiker unter Hitler*. Wirtschaft, Technik und Wissenschaft der deutschen Chemie von 1914 bis 1945, Langwaden 2001, S. 279 f., 283–285, 288 f.

<sup>19</sup> Im Laufe des Zweiten Weltkrieges wurden die verschiedenen Dringlichkeitsstufen, die nicht bloß für Forschungsprojekte vergeben wurden, zur zentralen immateriellen Ressource. Denn kriegsbedingt war die Versorgungs- und Personallage stark angespannt, was erhebliche Verzögerungen bei Bestellungen verursachte oder auch die Einstellung von qualifiziertem Personal erschwerte. Zunächst gab es zwei Stufen (S und SS), ab 1942 wurde eine dritte, noch wichtigere Stufe „DE“ (dringende Entwicklung) geschaffen. Je nach Einstufung, die zugleich auch immer die (Kriegs-)Wichtigkeit eines Vorhabens aus Sicht des NS-Regimes ausdrückte, war dann der Zugriff auf materielle und personelle Ressourcen möglich. In der Regel waren Fachleute für die Einstufung zuständig. Vgl. Detjens, *Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit*, S. 230 f.

entsprechend spärlich ausfällt. Die Bedeutung von Rienäckers Forschung aus Sicht des NS-Regimes wird auch dadurch unterstrichen, dass er bereits in Göttingen uk-gestellt<sup>20</sup> war. So konnte er seine u.a. vom RWA geförderten Katalyse-Forschungen fortsetzen, die aus Sicht des Reichsforschungsrates – der 1937 geschaffenen zentralen Koordinationsstelle für nahezu alle Forschungen im „Dritten Reich“ – als „kriegs- und staatswichtig“ galten. Es finden sich bislang keine Hinweise darauf, dass Rienäckers Engagement im Bereich der Kampfstoff-Untersuchung, wie er es in Göttingen gezeigt hatte, sich in Rostock fortsetzte geschweige denn sich in seiner Forschung niederschlug; lediglich vereinzelt bot er Veranstaltungen wie die „Übungen im Nachweis chemischer Kampfstoffe“ an.

Erst für Ende 1944/Anfang 1945 ist dokumentiert, dass Rienäcker direkt für militärische Zwecke forschen sollte. Er hatte nämlich die Versuchsstelle der Luftwaffe in Karlshagen, ein Teil der Heeresversuchsanstalt Peenemünde, besucht. Dort wurde unter Leitung von Wernher von Braun bekanntlich das deutsche Raketenprogramm (die „Vergeltungswaffen“ V1 und V2) durchgeführt. Wenige Tage später beantragte er bei der DFG ein Forschungsprojekt zum Thema „Zersetzer-Kontakte für T-Stoff“, das ihm im Januar 1945 bewilligt wurde. Bei T-Stoff bzw. Aurol handelt es sich um ein Wasserstoffsuperoxid, das u.a. bei verschiedenen Raketen als Treibstoff eingesetzt worden ist. Näheres zu dem Projekt ist allerdings nicht bekannt, da die Unterlagen in einem „Geheim-Schrank“ – ein Indiz für die Bedeutung und Brisanz der Forschung – aufbewahrt wurden.<sup>21</sup> Somit bieten weder die Akten des Chemischen Instituts der Universität Rostock noch Rienäckers Personalakte bzw. seine DFG-Förderakten weiterführende Hinweise zu einer stärkeren Verstrickung in den NS-Staat.<sup>22</sup>

Bei Rienäckers Wirken in Rostock muss allerdings beachtet werden, dass das Arbeiten unter Kriegsbedingungen und das in einer wiederholt bombardierten Stadt mit erheblichen Einschränkungen verbunden war und er sich unter anderem einen Ausweichplatz in Graal-Müritz selbst einrichtete.<sup>23</sup>

---

<sup>20</sup> Vgl. UAR 1.11.0, Personalakte (PA) Günther Rienäcker, Bd. 2, Bl. 189, Der Kurator der Georg August-Universität Göttingen an das Kuratorium der Universität Rostock, 27.06.1942.

Diese Unabkömmlichkeitsstellung bedeutete, dass während des Zweiten Weltkrieges Fachkräfte, die etwa für Aufgaben der Reichsverteidigung – dazu konnte etwa eine Tätigkeit in der Kriegswirtschaft, aber eben auch in der Forschung gehören – von Bedeutung waren, aus dem Wehrdienst entlassen bzw. gar nicht erst eingezogen worden sind.

<sup>21</sup> Vgl. Detjens, Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit, S. 290–292, 301–311, 314.

<sup>22</sup> UAR 1.07.0 Akten K 089-0494, K 089-0797, K 089-0948, K 089-0948.1, K 090-0529.1, K 090-0529.2, K 090-0738, K 090-0967, K 090-1157, K 091-0826, K 091-0826.1, K 091-0855, K 091-1145; UAR 2.01.1, Akten 271, 272, 273, 275, 276, 277, 279; UAR 1.11.0, PA Günther Rienäcker, 2 Bde.; BArch R 73 / 13978 und 13979; LHAS 05.12.07/01, Akten 1307, 1313, 1315, 1317, 1318, 1678, 1679, 1680.

<sup>23</sup> Vgl. Detjens, Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit, S. 299–301.

## 1.2. Wolfgang Langenbeck

Wolfgang Langenbeck wurde am 21.06.1899 in Göttingen als Sohn eines praktischen Arztes geboren. Nach seinem Abitur 1917 wurde er zum Wehrdienst eingezogen und nahm ab April 1918 in einem Pionierbataillon am Ersten Weltkrieg teil. 1919 begann er ein Chemie-Studium in Göttingen, welches er 1923 mit einer Promotion zum Thema „Über neue synthetische Versuche mit Imidazolen“ abschloss. Anschließend erhielt er eine Assistentenstelle an der TH Karlsruhe. 1925 konnte er als Rockefeller-Stipendiat an der Yale-University arbeiten und fand nach seiner Rückkehr eine Anstellung als Assistent an der Universität Münster. Dort wurde er 1928 mit einer Studie über die Synthese Organischer Katalysatoren habilitiert und war fortan Privatdozent für Chemie. 1935 folgte eine außerordentliche Professur. 1935 oder 1936 erhielt er eine Stelle als Abteilungsvorsteher am Chemischen Institut der Universität Greifswald und wurde zum persönlichen ordentlichen Professor berufen.<sup>24</sup> 1940 erhielt er den Ruf auf das Ordinariat für Organische und Organisch-Technische Chemie an der TH Dresden. In dieser Funktion wurde er auch Direktor des gleichnamigen Instituts. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verlor er seine Stelle in Dresden und kehrte nach Greifswald – wo auch seine Familie lebte<sup>25</sup> – zurück. Dort wurde er bei der Rubenow AG, einer Ausgründung der dortigen Universität, angestellt und mit der Insulinproduktion beschäftigt. 1947 erhielt er dann die Professur für Organische Chemie<sup>26</sup> an der Universität Rostock. 1951 folgte er einem Ruf an die Universität Halle-Wittenberge, wo er ein neues Chemisches Institut aufbaute und unter anderem die für die DDR verbindlichen Leitlinien für die Chemikerausbildung konzipiert. Zugleich war er Direktor des Instituts für Katalyseforschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Rostock und emeritierte 1964. Am 26. März 1967 verstarb er in Rostock.<sup>27</sup>

---

<sup>24</sup> Unterschiedliche Angaben bei: Henrik Eberle: „Ein wertvolles Instrument“. Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus, Köln 2015, S. 772 f. und 175 Jahre TU Dresden, Bd. 3: Die Professoren der TU Dresden 1828–2003. Bearbeitet von Dorit Petschel, Köln 2003, S. 533. Laut den Unterlagen des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wurde er aus seiner beamteten Oberassistentenstelle in Münster zum 1. April 1935 nach Greifswald beurlaubt und dort dann zum 1. Oktober 1936 zum Professor ernannt. Vgl. BArch R 4901, Akte 13270, Bl. 5773.

<sup>25</sup> Erst Ende 1949 hatte Langenbeck eine geeignete Wohnung in Rostock gefunden und zog mit seiner Familie um. Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 43, 259, 275, 341, 373, 375.

<sup>26</sup> Den Lehrstuhl hatte zuvor Kurt Maurer von 1936 bis April 1945 innegehabt. Maurer kam am 09.04.1945 bei einem alliierten Bombenangriff auf Jena in seinem dortigen Elternhaus ums Leben. Buddrus, Professorenlexikon, S. 268 f.

<sup>27</sup> Vgl. 175 Jahre TU Dresden, Bd. 3, S. 533; Eberle, Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus, S. 772 f.

## **Politisches Engagement / Wehrdienst / Ämter und Funktionen**

Im Gegensatz zu Günther Rienäcker war Wolfgang Langenbeck im Oktober 1933<sup>28</sup> – er selbst gibt den 7. Januar 1934 an<sup>29</sup> – in die Sturmabteilung (SA) eingetreten, wo er vermutlich bis zum Rottenführer aufgestiegen sein soll. 1937 erfolgte seine Aufnahme in die NSDAP. Im Umfeld des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 wurde er im August und September 1939 kurzzeitig zum Dienst in der Heeressanitätsstaffel Greifswald einberufen; ein Vorgang, der auch bei Professoren keineswegs ungewöhnlich war<sup>30</sup>. Noch im Mai 1945 wurde er in den letzten Kriegstagen – die Kapitulation erfolgte am 8./9. Mai 1945 – zum Volkssturm eingezogen. So geriet er in Kriegsgefangenschaft, die er in Thüringen verbrachte und aus der er erst im Dezember 1945 entlassen wurde. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war er politisch deutlich weniger präsent als Rienäcker und lediglich Mitglied im Kulturbund (1948)<sup>31</sup> und des FDGB (1951).<sup>32</sup>

Die SA war eine paramilitärische Gliederung der NSDAP, die bereits 1920 unter anderem Namen gegründet worden war. Sie prägte mit ihren uniformierten Mitgliedern lange das Bild der NSDAP. Zudem waren es die SA-Mitglieder, die während der Weimarer Republik mittels Gewalt gegen politische Gegner vorgingen, was wiederholt in massive Straßenschlachten ausartete, dabei auch vor der Ermordung vermeintlicher Gegner nicht zurückschreckte und letztlich Teil des Kampfes der NSDAP gegen die Demokratie war. Der SA-Terror schaffte es immer wieder landesweit in die Schlagzeilen. Nachdem Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden war und zudem am 5. März 1933 erneut Reichstagswahlen abgehalten werden sollten, bekämpfte die SA den politischen Gegner mit äußerster Härte. Selbst vor Sprengstoffanschlägen wurde nicht zurückgeschreckt. Als nach der Reichstagsbrand-Verordnung vom 28. Februar 1933 erste „wilde“ Konzentrationslager eingerichtet wurden, war dafür ebenfalls die SA zuständig, deren Angehörige sogar als Hilfspolizisten mit Exekutivgewalt ausgestattet waren. Damit einher ging nun die Misshandlung, Folterung und sogar die Tötung von Personen, die als Gegner des Nationalsozialismus galten. Erst im Spätsommer 1933 ebte diese Terrorwelle ab. Da es

---

<sup>28</sup> Vgl. BArch R 4901, Akte 13279, Bl. 5772, 5773.

<sup>29</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 165, 171.

<sup>30</sup> Der Rostocker Anorganiker Ulrich Hofmann war beispielsweise zum Kriegsbeginn 1939 zum Wehrdienst eingezogen worden und musste als ordentlicher Professor nun mehrere Monate Dienst in einer Heeresbäckerei leisten. Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 193.

<sup>31</sup> Laut einer Notiz in seiner Rostocker Personalakte ist er erst am 01.05.1949 dem Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands beigetreten. Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 359, Notiz vom 25.06.1949.

<sup>32</sup> Vgl. Eberle, Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus, S. 773; UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 7–8.

zwischen Hitler und SA-Führer Ernst Röhm erhebliche Spannungen über den weiteren Weg der nationalsozialistischen Bewegung gab – die SA strebte nach einer Revolution –, entmachtete Hitler die SA. Beim von der nationalsozialistischen Propaganda so betitelten „Röhm-Putsch“ im Juni/Juli 1934 wurde die SA-Führung und andere Regimegegner inhaftiert und Röhm sowie etliche andere SA-Führer hingerichtet. Danach trat die SA aber nur noch selten in Erscheinung, etwa im Zuge der Reichspogromnacht vom 9./10. November 1938, als in einer konzentrierten Aktion Tausende von Synagogen, jüdischen Friedhöfen und Geschäften zerstört und mehrere 10.000 Juden in Konzentrationslager verschleppt wurden. Die SA ist aber – auch ungeachtet ihrer Rolle bei den Novemberpogromen 1938 – nach 1934 keineswegs eine politisch bedeutungslose Massenorganisation geworden, wie es in der älteren Forschung oft heißt. Denn ihre paramilitärische und indoktrinierende Funktion und ihren Beitrag bei der Schaffung einer nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ erfüllte sie auch nach 1934 weiterhin. Zudem trat auch Adolf Hitler selbst öffentlich auch nach 1934 häufig in SA-Uniform auf.<sup>33</sup>

Als Wolfgang Langenbeck der SA beitrug, ganz gleich, ob nun im Oktober 1933 oder im Januar 1934, war ihr Bild als nationalsozialistische Schlägertruppe also allgegenwärtig anzutreffen und dürfte einem Akademiker wohl kaum entgangen sein. Warum er SA-Mitglied wurde, wird kaum geklärt werden können, gleiches gilt auch für die Frage, ob er in irgendeiner Form in gewalttätige Ausschreitungen der SA involviert gewesen ist. Es ist allerdings zu beachten, dass Langenbeck nicht einfacher SA-Mann war, sondern immerhin SA-Rottenführer gewesen sein soll. Dieser höchste Mannschaftsdienstgrad innerhalb der SA entspricht in etwa der Stellung eines Obergefreiten. Sicherlich ist dies bei Weiten nicht vergleichbar mit deutlich herausgehobenen Führungspositionen bei der SA, die einer Unteroffiziers- oder gar Offiziersposition entsprächen, aber es ist zumindest mehr als ein einfacher SA-Mann, denn ein Rottenführer befehligte etwa ein halbes Dutzend SA-Männer<sup>34</sup>. In diesem Fall müsste Langenbeck seinen Vorgesetzten also im nationalsozialistischen Sinne positiv aufgefallen sein, dass sie ihm eine, wenn auch kleine Führungsposition anvertrauten. Denn an SA-Führer wurden klare politische Anforderungen gestellt und auch Durchsetzungsvermögen gefordert<sup>35</sup>, dass dürfte selbst bei einem niedrigem Rang wie dem des Rottenführers nicht anders gewesen sein.

---

<sup>33</sup> Vgl. Siemens, Daniel: Sturmabteilung. Die Geschichte der SA, München 2019, *passim*; Wenzel, Mario: Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/Main 2007, S. 19–38, hier S. 21–24.

<sup>34</sup> Zur Struktur der SA siehe: Siemens, Geschichte der SA, S. 77.

<sup>35</sup> Vgl. Siemens, Geschichte der SA, S. 146 f.

1937 wurde Langenbeck wie nicht wenige seiner Kollegen NSDAP-Mitglied. So waren reichsweit etwa 40 Prozent aller Hochschullehrer NSDAP-Mitglied<sup>36</sup>. Bei der NSDAP-Mitgliedschaft sind allerdings mehrere – auch schon zeitgenössisch bestehende – Unterscheidungen zu beachten. 1925 hatte die Partei 25.000 Mitglieder und wuchs bis 1930 auf 130.000 an. Als Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, waren bereits rund 850.000 Mitglieder zu verzeichnen. Bis zu den Märzahlen 1933 stieg die Zahl schlagartig auf gut 2,5 Millionen an. Aufgrund dieses sprunghaften Anstieges verhängte die Parteiführung einen Aufnahmestopp, denn man fürchtete – sicherlich nicht völlig unbegründet –, dass so manches Mitglied eher aus Opportunismus statt aus nationalsozialistischer Überzeugung beitrug. Die „alten Kämpfer“<sup>37</sup> und die „alten Parteigenossen“<sup>38</sup> bezeichneten diese Neumitglieder daher abwertend auch als „Märzgefallene“. Erst 1937 wurde der Aufnahmestopp schrittweise wieder aufgehoben. Hierbei spielten auch finanzielle Aspekte eine Rolle, schließlich hatte jedes Mitglied Beiträge zu entrichten. Das Datum für die Aufnahme wurde dabei, oft ungeachtet des tatsächlichen Mitgliedsantrages, auf den 1. Mai 1937 datiert. Die nach dem Ende des NS-Regimes oftmals vorgebrachte Schutzbehauptung, man sei ohne eigenes Zutun in die NSDAP aufgenommen worden – wie es auch Langenbeck behauptet<sup>39</sup> – trifft allerdings nicht zu. Denn die Aufnahme setzte stets eine eigenhändige Unterschrift voraus. Da es allerdings auch das Ziel der Partei war, in den Regionen mindestens zehn Prozent der Einwohner als Mitglieder zu haben, kann informeller Druck auf einzelne Personen nicht gänzlich ausgeschlossen werden, wenngleich es nie einen Zwang zum Parteibeitritt gab. Letztlich sollten ja nur Personen Mitglieder werden, die auch vom Nationalsozialismus überzeugt waren.<sup>40</sup>

Die Nationalsozialisten ihrerseits waren zwar „antiintellektualistisch“, aber „keineswegs wissenschaftsfeindlich“. Sie waren nämlich am „scheinbar [...] unpolitischen Techniker oder Wissenschaftler, der sich bereitwillig für die Ziele des NS-Regimes engagierte, jedoch keine politischen Debatten führte“, interessiert.<sup>41</sup> Der antiintellektuelle Habitus der NSDAP hielt wiederum Akademiker nicht davon ab, sich von den revisionistischen und antidemokratischen

---

<sup>36</sup> Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 22 f.

<sup>37</sup> So lautet die Bezeichnung für die rund 100.000 ersten Parteimitglieder.

<sup>38</sup> So wurden diejenigen bezeichnet, die bis Januar 1933 in die Partei eingetreten waren.

<sup>39</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 171, Lebenslauf; ein fast wortgleicher und von Langenbeck auch unterschriebener Lebenslauf, datiert vom Oktober 1947. Darin fehlt allerdings der letzte Absatz, in dem er Personen benennt, die Auskünfte zu seiner Dresdener Zeit geben können. Vgl. ebd., Bl. 293, Lebenslauf Wolfgang Langenbeck, 22.10.1947.

<sup>40</sup> Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.): *Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder*, Frankfurt/Main 2007 *passim*.

<sup>41</sup> Zit. Rüdiger Hachtmann: *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 56 (2008), H. 1, S. 19–52, hier S. 42.

Versprechen und Ordnungsvorstellungen der Nationalsozialisten angezogen zu fühlen. Selbst wenn sie sich mehrheitlich kaum für die Partei engagierten, so verzichteten sie auch auf Widerstände.<sup>42</sup> Warum auch Wissenschaftler der NSDAP und/oder anderen NS-Organisationen beitraten und damit nach außen erkennbar sich dem NS-Regime anschlossen, lässt sich ohne aussagekräftige Unterlagen nicht eindeutig beantworten. Hier fallen Opportunismus und Karrierestreben zusammen mit Konformismus, traditioneller Obrigkeitsstaatlichkeit und Ablehnung der Demokratie, aber freilich auch Überzeugung. Manch einer verband damit wohl die Hoffnung auf Förderung seiner Wissenschaftsdisziplin.<sup>43</sup> Aber, und das zeigt schon der Fall Rienäcker, Karriere in der nationalsozialistischen Diktatur ging auch ohne Parteibuch. Dass NS-Regime musste nur die Forschung für relevant halten und die Person selber durfte halt nicht als dezidiertes Gegner des Nationalsozialismus in Erscheinung treten. Zumal jeder Wissenschaftler durch seine Tätigkeit als Forscher und Hochschullehrer einen – wenn auch im Einzelnen vielleicht kleinen – Beitrag zur Stabilisierung und zum Funktionieren des NS-Regimes, einschließlich der Kriegsführung, leistete.

### **Wissenschaftliche Tätigkeit**

In Greifswald arbeitete Langenbeck nun an einem Chemischen Institut bzw. an einer Universität, wo in größerem Umfang zu chemischen Kampfstoffen, unter anderem zu *Lost* – also Senfgas –, experimentiert wurde. Daran beteiligt waren zudem das Physiologische und das Pharmakologische Institut sowie die Hautklinik, an der sogar Menschenversuche stattfanden.<sup>44</sup>

Die Kampfstoff-Forschung in Greifswald ist eng verknüpft gewesen mit Gerhart Jander (1892–1961), der dort seit 1935 Ordinarius und zugleich Direktor des Chemischen Instituts war. Schon in seiner Zeit als Assistent bzw. Oberassistent am Chemischen Institut der Universität Göttingen ab April 1918 befasste er sich mit Themen, die auch für die Kampfstoffforschung relevant waren. Nachweisbar ist, dass er 1931 im Auftrag der Reichswehr illegale Untersuchungen zu chemischen Kampfstoffen anstellte. Derartige Forschungen waren dem Deutschen Reich nämlich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges mit dem Versailler Vertrag 1919 verboten worden. 1933 übernahm er die Leitung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin von Fritz Haber, der wegen seiner jüdischen Wurzeln Deutschland verließ, um Repressionen durch die Nationalsozialisten zu entgehen. Nach seiner Versetzung nach Greifswald befasste er sich weiterhin mit chemischen Kampfstoffen. Zusätzlich promovierten und habilitierten mehrere Wissenschaftler mit

---

<sup>42</sup> Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 18 f.

<sup>43</sup> Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 23 f.

<sup>44</sup> Vgl. Eberle, Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus, S 505–526.

entsprechenden Themen bei ihm. Bis 1943 galt Janders Institut daher als kriegswichtig, und die Forschungsprojekte wurden dementsprechend mit höchsten Dringlichkeitsstufen versehen. Unklar ist allerdings, womit sich Janders Abteilungsleiter Wolfgang Langenbeck befasste. Bekannt ist nur, dass er an geheim gehaltenen Forschungsprojekten mitwirkte.<sup>45</sup>

Jedenfalls hielt Langenbeck in Greifswald im Rahmen der für Hörer aller Fakultäten gedachten Veranstaltungsreihe „Gaskampf und Gasschutz“ eine spezielle Vorlesung über chemische Kampfstoffe. Er selbst schätzte den Unterrichtserfolg aber als gering ein, da man sich im Wesentlichen nur auf Einzel- und Detailfragen konzentrieren könne, und integrierte stattdessen das Thema in seine Hauptvorlesung über die organische Chemie. Dabei thematisierte er die Chemie von Senfgas, aber auch von Grünkreuzkampfstoffen<sup>46</sup>. Aus seiner Sicht war dieses Vorgehen vorteilhaft, weil man so den Studenten wiederholt die Bedeutung von Luftschutzfragen vor Augen führen könne.<sup>47</sup> Zudem war er bereits bei der SA als „Gasreferent“ tätig.<sup>48</sup>

Es ist jedoch zu beachten, dass solche Vorlesungs- bzw. Veranstaltungsreihen keine Greifswalder Besonderheit sind, sondern schlicht an vielen Hochschulen durchgeführt wurden. Es war ab 1937 nämlich durch das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung angeordnet, das Thema chemische Kampfstoffe in die Curricula der Chemiker und Mediziner verstärkt einzuflechten. Im November 1938 entstand daraufhin etwa in Rostock eine interdisziplinäre „Lehrgemeinschaft chemische Kampfstoffe“, die aber 1942 aufgelöst wurde. Da auch an anderen Universitäten der Erfolg dieser eher speziellen Themen bei Veranstaltungen, die sich an Hörer aller Fakultäten richteten, überschaubar war, wurde das Thema zunehmend in die regulären Lehrveranstaltungen und Prüfungen der Chemie- und Medizinstudenten integriert.<sup>49</sup> Die Dozenten mussten also entsprechend mit dem Thema vertraut sein. Somit kann nicht mit Sicherheit geschlussfolgert werden, dass ein Zusammenhang zwischen Lehrveranstaltungen, erst recht zu diesen speziellen Themen, und den Forschungsaktivitäten des jeweiligen Dozenten besteht. Denn zunächst einmal dienten die Veranstaltungen dazu, das vorhandene Wissen über chemische Kampfstoffe und, im Hinblick auf die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, gerade deren Abwehr zu vermitteln. Es war ein

---

<sup>45</sup> Vgl. Eberle, Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus, S. 505–511, 769, 772 f.

<sup>46</sup> Die Bezeichnung „Grünkreuz“ leitet sich aus der Markierung entsprechender Granaten während des Ersten Weltkrieges mit einem grünen Kreuz ab. Bei Grünkreuz handelt es sich um Lungenkampfstoff, wie etwa Chlorgas und Phosgen. Senfgas bzw. Lost wurde als Gelbkreuz bezeichnet. Weitere Bezeichnungen sind Blaukreuz für Nasen- und Rachenkampfstoff, Rotkreuz für Nesselstoff und Weißkreuz für Augenkampfstoff.

<sup>47</sup> Vgl. Eberle, Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus, S. 251.

<sup>48</sup> Vgl. BArch R 4901, Akte 13270, Bl. 5772.

<sup>49</sup> Vgl. Detjens, Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit, S. 135–144, 312–315.



verbreitetes Szenario, dass im Falle eines Krieges deutsche Städte aus der Luft mit chemischen Kampfstoffen angegriffen werden würden und daher die Bevölkerung geschützt werden müsste.

Daher ist ungeklärt, ob Langenbeck als Abteilungsleiter in die Kampfstoffforschung seines Institutsdirektors eingebunden war oder zumindest von ihr wusste. Denn es lag in der Natur der Sache, dass solche Forschungen mindestens vertraulich, wenn nicht gar geheim waren.

Mit seiner Berufung an die TH Dresden 1940 übernahm er dann den Lehrstuhl von Wilhelm Steinkopf, einem der beiden Entwickler des chemischen Kampfstoffes *Lost*. Steinkopf war deswegen 1919 zum außerordentlichen Professor berufen worden und erhielt 1935 auf Betreiben des Reichswehrministeriums ein Ordinariat als Anerkennung seiner jahrelangen, geheimen Arbeiten im Bereich der Landesverteidigung. Damit wurde er nun auch Leiter des Organisch-Chemischen Instituts. 1940 zwangen ihn aber Vergiftungen, die er sich bei seinen Phosgen- und Gelbkreuzforschungen zugezogen hatte, zum vorzeitigen Ruhestand. An der TH Dresden war es zudem nicht ungewöhnlich, dass etliche Lehrstühle und Institute mit Forschungseinrichtungen des Heereswaffenamtes oder auch in anderen Bereichen der für (Auf-)Rüstung und Kriegsführung – wie etwa die Junkers Flugzeugwerke – zusammenarbeiteten.<sup>50</sup> Ob Langenbecks Berufung nach Dresden dazu gedacht war, an die Arbeiten seines Vorgängers anzuknüpfen oder zumindest ähnliche Aktivitäten zu entfalten, kann nur spekuliert werden. Angesichts der Vorgeschichte des Lehrstuhls scheint eine solche Vermutung durchaus plausibel zu sein.

Forschung zu chemischen Kampfstoffen hatte es im Deutschen Reich bereits während des Ersten Weltkrieges gegeben und wurde nicht zuletzt auch an zivilen, außeruniversitären Forschungsinstituten der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – heute Max-Planck-Gesellschaft – in Zusammenarbeit mit Industrie und militärischen Einrichtungen durchgeführt. So war es auch während der NS-Zeit, als an mindestens sechs der 40 Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI) zu chemischen Kampfstoffen geforscht wurde. Dabei ging es nicht bloß um die Frage, wie sich geschützt werden könnte, sondern auch um die Entwicklung neuer Kampfstoffe oder etwa verbesserte Herstellungsmethoden. Der Einsatz chemischer Waffen ist von der Wehrmachtsführung während des Zweiten Weltkrieges durchaus erwogen und – etwa durch Herstellung entsprechender Bomben und Granaten – auch vorbereitet worden. Vor einem

---

<sup>50</sup> Vgl. Eberle, *Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus*, S. 509; Nagel, Günter: *Wissenschaft für den Krieg. Die geheimen Arbeiten der Abteilung Forschung des Heereswaffenamtes*, Stuttgart 2012 (= Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 43), S. 374; Pommerin, Reiner, *Geschichte der TU Dresden 1828–2003*, Köln 2003, S. 128, 203–210.

Einsatz schreckte man zurück, wollte ihn aber bis zuletzt nicht ausschließen. Die Gründe dafür sind vielfältig. So gab es die Sorge vor der Reaktion der Alliierten, aber die deutsche Militärführung wusste auch, dass es an Schutzmöglichkeiten für die eigenen Truppen und die Zivilbevölkerung mangelte. Florian Schmaltz kann in seinem umfassenden Werk zur Kampfstoffforschung im Nationalsozialismus aufzeigen, dass die beteiligten KWIs sowohl mit der Universität Greifswald und Gerhart Jander, aber auch mit der TH Dresden und Wilhelm Steinkopf zusammenarbeiten. Es ist beispielsweise belegt, dass das Heereswaffenamt nicht nur die Forschungen an den KWIs finanzierte, sondern auch mehrere wissenschaftliche Mitarbeiter, etwa bei Wilhelm Steinkopf, bezahlte. Der Name Langenbeck taucht dabei allerdings nicht auf; gleiches gilt übrigens auch für Günther Rienäcker.<sup>51</sup>

Das HWA, konkret die Abteilung Forschung (WaF), befasste sich ebenfalls mit verschiedensten Aspekten der Waffenforschung, worunter auch chemische Waffen fielen. Die Forschungsabteilung verfügte über eigene Einrichtungen und war zusätzlich verbunden mit einer ganzen Reihe von Forschungsinstituten, etwa an den deutschen Hochschulen, wodurch die Grenzen zwischen militärischer und ziviler Forschung verschwimmen. Wolfgang Langenbeck hat in seiner Zeit an der TH Dresden zumindest einen Forschungsauftrag vom WaF bzw. der Abteilung Wissenschaft des Oberkommandos der Wehrmacht bekommen, während sein Vorgänger Steinkopf noch umfangreich mit dem HWA zusammengearbeitet hatte. Es ist allerdings nicht bekannt, worin Langenbecks Auftrag bestand. Dokumentiert ist lediglich, dass er im Mai 1942 als einer von 135 Personen an einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Kaltes Licht durch Leuchtstoffe“ teilgenommen hatte und zudem der Arbeitsgemeinschaft „Schädlingsbekämpfung“ angehörte.<sup>52</sup>

Die DFG-Förderakte von Wolfgang Langenbeck<sup>53</sup> enthält Unterlagen zu folgenden Forschungsprojekten:

- Untersuchungen über den Ablauf der Parafin-Oxydation (Kennwort KWO2); Sachbeihilfe vom 02.11.1944,
- Fortsetzung der Untersuchung über den Ablauf der Parafin-Oxydation (Kennwort KWO2), Sachbeihilfe vom 21.03.1945,

---

<sup>51</sup> Vgl. Florian Schmaltz: Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2005 (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 11) *passim*.

<sup>52</sup> Vgl. Nagel, Wissenschaft für den Krieg, S. 277, 320, 374 f., 572.

<sup>53</sup> Vgl. BArch R 73 / 12587.

- Untersuchungen zur Synthese von Fettsäuren (Kennwort Fettsäuren); Sachbeihilfe vom 23.02.1940,
- Hinweis auf ein DFG-Forschungsstipendium für Dr. Karl Weissenborn, Universität Greifswald, für Versuche zur Synthese von Fettsäuren (Az. Wie 16/79/1)<sup>54</sup>.

Die Forscherkartei des Reichsforschungsrats enthält noch den Eintrag „Geheimsache“, für ein nicht weiter konkretisiertes Vorhaben, an dem Langenbeck in Dresden im Auftrag der Wissenschaftsabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht forschte.<sup>55</sup>

Letztlich lässt sich nach momentanem Kenntnisstand nicht rekonstruieren, ob Wolfgang Langenbeck in die Forschung zu chemischen Kampfstoffen verwickelt war. Aber auch darüber hinaus liegen kaum Erkenntnisse über seine Forschungstätigkeiten während der NS-Zeit vor. Ob sich daran mittels einer umfassenderen Untersuchung etwas ändern lässt, ist aufgrund der Überlieferungssituation fraglich.

## 2. Entnazifizierung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde durch die alliierten Siegermächte ein über mehrere Jahre anhaltender Prozess der „Entnazifizierung“ eingeleitet. Bereits auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 hatten die USA, Großbritannien und die Sowjetunion als eines ihrer Kriegsziele ausgegeben: „We are determined to [...] wipe out the Nazi party, Nazi laws, organizations and institutions, remove all Nazi and militarist influences from public office [...]“<sup>56</sup> Hochschulen als staatliche Einrichtungen zählten genauso dazu wie die in der Regel verbeamteten Professoren. Die Entnazifizierung bestand aus einem Maßnahmenbündel von Demokratisierung, Entmilitarisierung, der Auflösung der NSDAP und ihr angeschlossener Organisationen sowie der Verfolgung von Kriegsverbrechen. Bereits auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 hatten die Siegermächte allgemeine Grundsätze zur politischen Säuberung beschlossen, ohne sich auf ein gemeinsames Verfahren zu einigen. Erst im Januar

---

<sup>54</sup> Zu Dr. Karl Weissenborn, geb. 17.12.1910, existiert ebenfalls eine DFG-Förderakte (BArch R 73 / 15590). Demnach hatte Prof. Langenbeck das Forschungsstipendium beantragt. Da Weissenborn allerdings zunächst zur Wehrmacht eingezogen wurde, erlosch das Stipendium. Nachdem er 1940 vom Wehrdienst zurückkehrte, wurde es dann erneut bewilligt. Da Langenbeck ihn aber für „dringende wehrwissenschaftliche Arbeiten“ abzog, erlosch das Stipendium erneut.

<sup>55</sup> Vgl. BArch R 26-III, Akte 90019, Bl. 720–721.

<sup>56</sup> Zit. Report of the Crimea Conference vom 11.02.1945, abgedruckt in: Ingo von Münch (Hrsg.), Dokumente des geteilten Deutschlands. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Stuttgart 1976, S. 8.

1946 schuf mit der Kontrollratsdirektive Nr. 24 der Alliierte Kontrollrat – die oberste Besatzungsbehörde in Deutschland – eine einheitliche Grundlage für die Entnazifizierung.

Trotzdem unterschied sich die Umsetzung dieses Vorhabens in den einzelnen Besatzungszonen allerdings erheblich. Da sowohl Rienäcker als auch Langenbeck bei Kriegsende an Universitäten tätig waren, die nach Kriegsende im sowjetischen besetzten Teil Deutschlands lagen, wird im Folgenden lediglich die Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone geschildert. Die Besonderheit bestand hierbei darin, dass die Entnazifizierung mit einem kommunistischen Umbau der Gesellschaft verknüpft war. Der formale Ablauf der Entnazifizierungsverfahren ähnelte sich dessen ungeachtet allerdings. Erwachsene mussten ihr Verhalten im NS-Staat vor einem entsprechenden Entnazifizierungsausschuss rechtfertigen und nachweisen, nicht zu den Unterstützern und Profiteuren des NS-Regimes gehört zu haben oder gar aktiver Nationalsozialist gewesen zu sein. Anders als in einem regulären Gerichtsverfahren, bei dem von der Unschuld eines Angeklagten bis zum Beweis der Schuld ausgegangen wird, musste im Entnazifizierungsverfahren eine pauschal vorausgesetzte Schuld entkräftet werden.

Die Konsequenzen bei einem Schuldspruch und der Einstufung als „Belasteten“ waren schwerwiegend, denn sie umfassten neben Haft- und Geldstrafen unter anderem ein temporäres bzw. lebenslanges Berufsverbot oder den Ausschluss aus öffentlichen Ämtern. Insgesamt gab es fünf Kategorien, in die eine Person eingestuft werden konnte und aus der sich die entsprechenden Sühnemaßnahmen ergaben: Hauptschuldige (Kategorie I), Belastete (Kategorie II), Minderbelastete (Kategorie III), Mitläufer (Kategorie IV) und Gegner des NS-Regimes (Kategorie V). Insgesamt endeten nicht einmal zwei Prozent aller Verfahren mit einer Einstufung in die Kategorien I und II, die meisten wurden als Mitläufer eingestuft.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit begannen die Hochschulen zunächst mit einer relativ autonomen „Selbstreinigung“, wobei es weniger um eine allgemeine politische Säuberung ging, sondern darum, vermeintlich fachlich ungeeignete Personen, die aus politischen Gründen ihre Stelle erhalten hatten, loszuwerden. Doch bereits im Sommer 1945 drängten sowohl die sowjetischen Besatzungsbehörden als auch die in der SBZ vertretenen deutschen Linksparteien auf deutlich energischere Schritte. Ab dem Spätsommer wurden zudem länderspezifische Entnazifizierungsverordnungen erlassen, wobei eine zweite Phase begann. Zu diesem nun deutlich rigoroseren Vorgehen gehörte auch, dass sämtliche NSDAP-Mitglieder aus dem Lehrkörper entlassen wurden.<sup>57</sup> Wolfgang Langenbeck verlor, wie er selbst angibt, seine Stelle

---

<sup>57</sup> Vgl. Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 135), S. 261–262.

an der TH Dresden wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft.<sup>58</sup> Rienäcker hatte den Vorteil, dass er als Nicht-Parteimitglied davon unbehelligt blieb.

Mit der Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 21. Januar 1946 begann eine dritte Phase der Entnazifizierung, bei der die gesamte Bevölkerung der SBZ bis Mitte 1947 eine Überprüfung durchlaufen musste. Ende 1947 folgte eine vierte Phase, in der nun zunehmend versucht wurde, im Sinne des Aufbaus des Sozialismus bürgerliche, konservative und andere, politisch nicht genehme Personen auch aus den Hochschulen zu verdrängen. Da bereits im Frühjahr 1946 die ostdeutschen Universitäten wieder den Betrieb aufnahmen, kollidierten nun zwei Interessen: die rigorose Entnazifizierung der Hochschulmitarbeiter – und damit auch Entlassung aus dem Universitätsdienst – auf der einen und die ordentliche Durchführung eines Hochschulbetriebes auf der anderen Seite, wofür entsprechendes Personal schlicht unentbehrlich war. Gerade an Personal mangelte es ganz erheblich. Denn nicht nur wegen der Entnazifizierung hatten die ostdeutschen Universitäten gewaltige Personalverluste zu verkraften; auch durch die Flucht vor den sowjetischen Truppen beziehungsweise durch Abwanderungen in die westlichen Besatzungszonen, um Repressionen zu entgehen, entstanden große Lücken im Lehrkörper. Zudem interessierten sich die Siegermächte für deutsche Wissenschaftler, wenn sie deren Expertise für eigene Zwecke nutzen wollten, weshalb deutschlandweit mehr als 2.000 Wissenschaftler festgesetzt und deportiert wurden. Insgesamt befanden sich 1947 in der SBZ nur noch etwa 17 Prozent der Professoren und Dozenten an der Universität, an der sie bei Kriegsende waren. Um Stellen neu zu besetzen, fehlte der Nachwuchs, was gerade in den medizinischen und naturwissenschaftlichen Fächern zu einem eklatanten Fachkräftemangel führte, der die Funktionsfähigkeit der entsprechenden Fächer massiv bedrohte. Deshalb wurde ab 1947 dazu übergegangen, im Zuge der Entnazifizierung entlassene Personen wieder einzustellen. Eine Reintegration NS-kompromittierter Naturwissenschaftler und Mediziner – eigentlich ein Widerspruch zum Aufbau des Sozialismus – war die Folge. Denn sowohl die inzwischen für die Politik in der SBZ wichtige SED als auch die Vertreter der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) als letztlich entscheidende Stelle erkannten die Notwendigkeit, diese unersetzlichen Fachkräfte ungeachtet ihrer braunen Vergangenheit zu halten.<sup>59</sup>

Günther Rienäcker sticht in dieser Phase aus verschiedenen Gründen hervor – sofern sich dies angesichts nach wie vor bestehender Forschungslücken zur Geschichte der Universität Rostock

---

<sup>58</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 171, Lebenslauf [1947].

<sup>59</sup> Vgl. Jessen, Akademische Elite, S. 261–285, 301–302.

nach 1945 bislang einschätzen lässt. Unter den von der SMAD neu eingesetzten Universitätsrektoren war er der einzige Naturwissenschaftler; ansonsten waren es ein Philosoph, zwei Theologen, ein Altphilologe und ein Archäologe. Außerdem gehörte er zu den wenigen „bürgerlichen Professoren“, die sich der SED anschlossen.<sup>60</sup> Zudem nahm er in den sich herausbildenden „Entnazifizierungsnetzwerken“ eine wichtige Stellung ein. Hierbei ging es darum, sich gegenseitig – und nicht selten auch entgegen der Kenntnisse der tatsächlichen Situation – eidesstattliche Erklärungen auszustellen, die die politische Unbedenklichkeit bescheinigten und das NS-Engagement marginalisierten: die sogenannten Persilscheine. Gleichzeitig versuchte Rienäcker dadurch, die Personalverluste an der Universität Rostock gering zu halten. Denn nicht zuletzt fürchteten die in Rostock verbliebenen Professoren nach dem Ende des „Dritten Reiches“ weiterhin um den Fortbestand ihrer Universität, selbst das Chemische Institut hatte zwei seiner drei Professoren verloren.<sup>61</sup>

Dass Günther Rienäcker der sowjetischen Besatzungsmacht als politisch unproblematisch gegolten hat, dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass er wohl zu Recht behaupten konnte, „nie Mitglied der NSDAP“ gewesen zu sein und „nie der SA, SS oder ähnlichen Organisationen“ angehört zu haben.<sup>62</sup> Seine Mitgliedschaften in der NSV, dem NSLB und dem NSBDT wurden etwa in Personalbögen nicht einmal abgefragt, denn alle drei waren – trotz enger Verbindungen zur Parteiorganisation – formal lediglich Vereine bzw. der NSDAP angeschlossene Verbände, aber eben keine Unterorganisationen der NSDAP.<sup>63</sup> Auf dem Papier war er damit unbelastet. Erst in der frühen DDR veränderte sich diese Wahrnehmung leicht: „Politisch ist Professor Rienäcker nicht unbelastet. Während der Nazizeit hat er immerhin einige beachtliche Funktionen im Universitäts-Maßstab ausgeübt.“ Wobei unklar bleibt, was genau damit gemeint ist. Doch seine „aufrichtige fortschrittliche Haltung seit 1945 und seine Bereitschaft zur gesellschaftlichen Mitarbeit“ überdeckten diesen Makel längst.<sup>64</sup> Frei von formalen politischen Belastungen konnte Rienäcker ab 1946 die zweifellos schwierige Aufgabe übernehmen, die Universität Rostock als Rektor durch die Nachkriegsjahre zu führen. Zu den Profiteuren seines Vorgehens sollte alsbald auch Wolfgang Langenbeck gehören.

---

<sup>60</sup> Vgl. Jessen, Akademische Elite, S. 278, 295–296.

<sup>61</sup> Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 334–335; Detjens, Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit, S. 246–249, 316–317.

<sup>62</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Günther Rienäcker, Bd. 1, Bl. 141, Abschrift. Lebenslauf Günther Rienäcker, 13.10.1946.

<sup>63</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Günther Rienäcker, Bd. 1, Bl. 131–132, Personalfragebogen, 29.06.1948.

<sup>64</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Günther Rienäcker, Bd. 2, Bl. 31, Hochschulwesen an das ZK der SED, Abt. Propaganda, Betr. Gastvorlesung in Ungarn, 14.09.1951.

Angeblich wurde schon im Juli 1945 die Entscheidung getroffen, Langenbeck auf den Lehrstuhl für Organische Chemie nach Rostock zu berufen.<sup>65</sup> Vermutlich handelt es sich hier um ein Datierungsfehler, da er sich zu dem Zeitpunkt noch in Thüringen in Kriegsgefangenschaft befand. Wann sich in Rostock für Langenbeck entschieden wurde, ist nicht ersichtlich. Allerdings übersandte er nach Rücksprache Mitte Februar 1947 seinen Lebenslauf nebst kurzer Erklärung zu seiner NS-Vergangenheit an den Rektor der Universität Greifswald.<sup>66</sup> Außerdem hatte er bereits wenige Tage später in Rostock den „Persönlichen Fragebogen eines Wissenschaftlers“ ausgefüllt<sup>67</sup>, auf dessen Grundlage über eine Wiedereinstellung entschieden wurde. Mitte März teilte die Abteilung für Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ dem Rostocker Rektor mit, dass man mit der beabsichtigten Berufung Langenbecks zum Ordinarius für organische Chemie einverstanden sei. Es sollten nun die dafür erforderlichen Unterlagen beigebracht werden.<sup>68</sup>

Bevor nun begründet wurde, warum Langenbeck aus fachlicher Sicht berufen werden sollte<sup>69</sup>, musste zunächst seine politische Belastung geklärt werden. Er selbst hatte erklärt, 1934 „wie alle Dozenten an der Universität Münster“ zum SA-Eintritt gezwungen worden zu sein. Anschließend sei er „infolgedessen 1937 automatisch in die Partei überführt“ worden. Weder in der SA noch in der NSDAP habe er ein Amt übernommen.<sup>70</sup> Beides sind Angaben, die mindestens zweifelhaft sind, wie bereits im vorangegangenen Abschnitt dargelegt. Wenn er weiter ausführt, die „kulturfeindliche Tätigkeit der NSDAP [...] immer verurteilt“ zu haben<sup>71</sup>, so mag dies zutreffend sein, ohne aber retrospektive überprüft werden zu können.

Eine Reihe ehemaliger Kollegen und Mitarbeiter aus Greifswald und Dresden brachte ihm dazu sogenannte Persilscheine bei, d.h. entlastende Aussagen über seine NS-Vergangenheit. Demnach habe sich Langenbeck „niemals pronazistisch betätigt“ und sich „den aktivistischen Kreisen und den Schlagworten der Partei durchaus“ ferngehalten.<sup>72</sup> Er sei „natürlich kein

---

<sup>65</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 185, Telegramm Rienäcker an Professor Wolfgang Langenbeck, 28.07.1945.

<sup>66</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 189, Prof. Dr. Langenbeck an den Herrn Rektor der Universität Greifswald, 14.02.1947.

<sup>67</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 181–182, Persönlicher Fragebogen eines Wissenschaftlers, 19.02.1947.

<sup>68</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 191, Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone, Abt. für Hochschulen und Wissenschaft, an den Herrn Rektor der Universität Rostock, 11.03.1947.

<sup>69</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 199–203, Universität Rostock, Philosophische Fakultät an die Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Volksbildung, 23.04.1947.

<sup>70</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 189, Prof. Dr. Langenbeck an den Herrn Rektor der Universität Greifswald, 14.02.1947.

<sup>71</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 189, Prof. Dr. Langenbeck an den Herrn Rektor der Universität Greifswald, 14.02.1947.

<sup>72</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 179, Hans Pichler, an Eure Magnifizenzen, 05.03.1947.

Aktivist gewesen, sondern im allgemeinen politisch wenig interessiert und höchstens als Mitläufer zu bezeichnen“. Man habe in „seiner Gegenwart ruhig starke Kritik an der NSDAP und ihrer Gliederungen üben“ können, woran „er sich sogar selbst beteiligte“. <sup>73</sup> Außerdem sei Langenbeck „zwar (nominell) Pg. [Parteigenosse] gewesen, nach meiner Überzeugung war er nur ein Mitläufer, der gezwungenermaßen in der Partei sein mußte“. Denn ohne Parteimitgliedschaft habe man „wenigstens hier in Sachsen“ keine leitende Position im öffentlichen Dienst bekommen. Stattdessen habe Langenbeck für seinen parteilosen Kollegen Max Boëtius „beim Ministerium gebürgt“, damit dieser eine Stelle bekam. <sup>74</sup> Alle diese Aussagen haben gemein, dass sie Langenbeck von jeder politischen Belastung freisprechen, ohne aber das sie aus heutiger Sicht nachgeprüft werden können. Mit Blick auf Max Boëtius ist fraglich, wie glaubwürdig er überhaupt ist. Schließlich gehörte er im November 1933 zu den rund 900 Unterzeichnern des „Bekenntnis der Professoren an den Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“. <sup>75</sup> Wolfgang Langenbeck gelang es allerdings, innerhalb kürzester Zeit eine Unbedenklichkeitserklärung des für die Entnazifizierung in Greifswald zuständigen Antifaschistischen Blocks zu bekommen. <sup>76</sup>

Selbst Gerhart Jander bescheinigte Langenbeck „sich niemals aktiv nazistisch betätigt“ zu haben. Er sei in „politischer Hinsicht absolut harmlos“ und würde, außer im wissenschaftlichen Bereich, zu „Nachsichtigkeit und Passivität“ neigen. Da er „niemals energisch nein sagen“ könne, sei auch „zu erklären, daß er sich in die SA und zum Luftschutzbund hat ziehen lassen“. <sup>77</sup> Jander konnte aufgrund seiner internationalen Reputation und nach einem auf Druck der sowjetischen Besatzungsmacht nur informell geführten Entnazifizierungsverfahren im Amt bleiben; und das trotz seiner umfassenden Forschungsaktivitäten für den NS-Staat und einer seit 1925 bzw. 1929 bestehenden NSDAP-Mitgliedschaft. <sup>78</sup> Auch an der TH Dresden waren zwar, wie es Langenbeck widerfahren war, etliche seiner Kollegen zunächst auch wegen ihrer

---

<sup>73</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 179, Institut für anorganische und anorganisch-technische Chemie der TH Dresden, Prof. Dr. A. Simon an Herrn Prof. Dr. Rienäcker, 14.03.1947.

<sup>74</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 180, Institut für organische und organisch-technische Chemie, Prof. Dr. Max Boëtius an Herrn Prof. Dr. Rienäcker, 21.03.1947.

<sup>75</sup> Vgl. Bekenntnis der Professoren an den Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat, S. 133 (online verfügbar <https://ia800202.us.archive.org/20/items/bekenntnisdpr00natiuoft/bekenntnisdpr00natiuoft.pdf>, abgerufen am 06.12.2020).

<sup>76</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 193, Bescheinigung, Block der Antifaschistisch-demokratischen Parteien, 28.03.1947; ebd., Bl. 197, Wolfgang Langenbeck an Eure Magnifizenz [Prof. Dr. Rienäcker], 28.03.1947.

<sup>77</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 193, Chemisches Institut der Universität Greifswald, Prof. Dr. G. Jander an Herrn Prof. Dr. Rienäcker, 29.03.1947.

<sup>78</sup> Vgl. Eberle, Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus, S. 769.



Mitgliedschaft in der NSDAP entlassen worden, doch wegen des Fachkräftemangels fanden oftmals diejenigen, die in der SBZ blieben, alsbald wieder Verwendung an den Hochschulen.<sup>79</sup>

Der Fachkräftemangel und die entlastenden Aussagen zu seiner NS-Vergangenheit sollten Langenbeck nun den Weg an die Universität Rostock ebnen. Denn auch hier kämpfte die Universität mit dem in der SBZ allgegenwärtigen Personalmangel. Von den bei Kriegsende über 120 Angehörigen des Lehrkörpers waren nach der Wiedereröffnung im Frühjahr 1946 noch 19 im Amt.<sup>80</sup> Nachdem bereits 1946 die Nachbesetzung des Lehrstuhls für organische Chemie gescheitert war, weil alle Kandidaten den Ruf abgelehnt hatten, benannt die Philosophische Fakultät im April 1947 Langenbeck als einzigen Kandidaten. Wie Dekan Ernst Hohl ausführte, sprach für ihn aber nicht bloß der Umstand, dass er „einer der bedeutendsten Fachvertreter seiner Generation“ sowie ein hervorragender Forscher und Lehrer sei, weshalb mit entsprechend produktiver Arbeit an der Universität gerechnet werden könne. Für Rostock bestehe nämlich auch die seltene Gelegenheit, einen äußerst renommierten Wissenschaftler berufen zu können, der sich bereits auf einem „großen Lehrstuhl wie Dresden“ bewährt habe. Die Fakultät habe sich außerdem versichert, dass Langenbeck trotz seiner SA- und NSDAP-Mitgliedschaft politisch unbedenklich sei.<sup>81</sup>

Nun musste nur noch die Sowjetische Militäradministration den Ruf genehmigen.<sup>82</sup> Doch dies zog sich hin; möglicherweise, weil er „in der Reihe der politisch belasteten Mitglieder des Lehrkörpers der 29. sein“ werde, denn eine Planstelle war vorhanden.<sup>83</sup> Jedenfalls reichte die Sowjetische Militäradministration in Schwerin den Antrag zunächst nicht an die Zentrale nach Berlin weiter, da ihr noch eine „Laudation des Rektors für Langenbeck“ fehlte<sup>84</sup> und zudem noch eine Stellungnahme der SED eingeholt werden sollte.<sup>85</sup>

Anfang Juni 1947 bescheinigte die Greifswalder SED dann, dass über Langenbeck „nichts Belastendes in politischer Hinsicht bekannt“ sei und er „bei der Serumforschung sein wissenschaftliches Können unserem Neuaufbau zur Verfügung gestellt“ habe. Daher gäbe es

---

<sup>79</sup> Vgl. Pommerin, Geschichte der TU Dresden, S. 222–227.

<sup>80</sup> Vgl. Jessen, Akademische Eliten, S. 266.

<sup>81</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 199–203, Universität Rostock, Philosophische Fakultät an die Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Volksbildung, 23.04.1947.

<sup>82</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 205, Der Rektor der Universität Rostock an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, Abt. für Hochschulen und Wissenschaft, 23.04.1947; die Berufungsunterlagen wurden dazu als Anlage beigefügt, vgl. ebd., Bl. 207–227.

<sup>83</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 233, Kenntnshalber dem Ministerium für Volksbildung vorgelegt, 07.05.1947.

<sup>84</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 235, Telegramm Langenbeck an Rienäcker, 13.05.1947; Zit. ebd., Bl. 237, Aktenvermerk Jördens, Fernruf Landesregierung Schwerin, ohne Datum.

<sup>85</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 239, Notiz Jördens, 28.05.1947.

keine Bedenken gegen seine Einstellung in Rostock.<sup>86</sup> Rektor Rienäcker lieferte auch noch die gewünschte „Laudatio“ nach. Im Grunde wiederholte er die bereits vorgebrachten Argumente, die für Langenbecks Berufung sprechen würden. Allerdings erweiterte er die Begründung – vermutlich mit Blick auf den eklatanten Fachkräftemangel in der SBZ – noch um ein wichtiges Argument: „Professor Langenbeck ist zweifellos neben Professor Lüttringhaus (Greifswald) der einzige Forscher und Lehrer auf dem Gebiete der organischen Chemie von internationaler wissenschaftlicher Bedeutung und internationalem Ruf in unserer Zone.“<sup>87</sup>

Bereits 1946 hatten sich kommunistische Politiker dafür ausgesprochen, Akademiker, die bloß wegen ihrer formellen NSDAP-Mitgliedschaft ihre Stelle verloren hatten, wie es eben bei Wolfgang Langenbeck der Fall war, nicht dauerhaft auszuschließen. Dazu beigetragen hatte nicht zuletzt der Umstand, dass diese NS-belasteten Professoren das einzig verbliebende Personalreservoir bildeten, das für einen Neuaufbau in der SBZ zur Verfügung stand. Nach zaghaften Anfängen setzte dann Mitte 1947 die Trendwende ein und die SMAD stellte die Weichen zur Integration NS-belasteter Professoren, da man schlicht sonst kein anderes Personal finden konnte. Wer sich mindestens unpolitisch verhielt und ein nützliches Fach, in der Regel aus dem medizinischen oder naturwissenschaftlichen Bereich, vertrat, konnte also durchaus mit einer Wiederverwendung rechnen. Denn Fächer außerhalb der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften galten nämlich zeitgenössisch als ideologiefremd – was die neuere Forschung längst widerlegt hat –, weshalb die Verstrickung ihrer Fachvertreter in den NS-Staat damals als weniger problematisch angesehen wurde.<sup>88</sup>

Vor diesem Hintergrund wird auch die Ende Juli von der Sowjetischen Militäradministration erteilte Genehmigung für Langenbeck zur sofortigen Aufnahme seiner Vorlesungstätigkeit in Rostock erfolgt sein.<sup>89</sup> Ende September 1947 erfolgte dann die Berufung.<sup>90</sup> Einen Monat später wurde sein Entnazifizierungsverfahren auf Kreisebene abgeschlossen und er als „Mitläufer“ – wie die meisten seiner Zeitgenossen – eingestuft. Nachteile hatte er damit keine zu befürchten. Seine Behauptung, automatisch in die NSDAP aufgenommen worden zu sein, wurde schlicht übernommen. Da bei ihm in der Tat keine Hinweise vorliegen, dass er wesentliche Funktionen

---

<sup>86</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 241, SED Kreis Greifswald an das Chemische Institut der Universität Rostock, z. Hd. Herrn Rektor Prof. Rienäcker, 02.06.1947.

<sup>87</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 249–250, Universität Rostock an die Landesregierung, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen, 11.06.1947.

<sup>88</sup> Vgl. Jessen, Akademische Elite, S. 295–297, 301–309.

<sup>89</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 253, Der Rektor an den Herrn Kurator der Universität Rostock, 28.07.1947.

<sup>90</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 269, Ernennungsurkunde, 25.09.1947. Ausgehändigt wurde die Urkunde am 15.10.1947.

in NS-Organisationen ausübte, ist die Einstufung durchaus zutreffend.<sup>91</sup> In der SBZ wurde mit dem SMAD-Befehl Nr. 201 vom 16. August 1947 dann das Ende der Entnazifizierung eingeleitet. Wer bloß nominelles Parteimitglied gewesen war, sollte politisch und gesellschaftlich reintegriert werden.<sup>92</sup> Langenbeck profitierte also sowohl von der generellen Absicht, ehemalige NSDAP-Mitglieder auch beruflich wieder zu integrieren, als auch von dem speziellen Mangel an Fachkräften im Hochschulbereich.

Der Befehl Nr. 201 bildete aber zugleich die Grundlage für eine erneute Überprüfung des Personals u.a. in sämtlichen Behörden, womit letztlich auch Hochschulen betroffen waren. Diese Prüfungen zogen sich bis in den April 1948 hin und basierten auf der erneuten Auswertung der bereits erfolgten Verfahren. Wer nur nominelles Parteimitglied gewesen war und sich nichts strafrechtlich Relevantes hatte zuschulden kommen lassen – zumindest sofern es bekannt war –, sollte vollständig rehabilitiert werden. Hierbei spielte auch wieder eine Rolle, ob eine Person eine leicht zu ersetzende Tätigkeit ausübte oder als unersetzliche Fachkraft galt.<sup>93</sup> Anfang Februar 1948 entschied daher die Landesentnazifizierungskommission, dass Langenbeck zunächst nur als außerordentlicher Professor tätig sein dürfe: „Die ordentliche Professur kann ihm erst nach neuer Überprüfung und Bewährung übergeben werden.“<sup>94</sup> Ob noch eine Überprüfung stattgefunden hat bzw. ob und wie er sich nun bewährte, geht aus seiner Personalakte nicht hervor. Probleme scheint es jedoch keine mehr gegeben zu haben, denn in einer Besoldungsliste vom Januar 1949 wird Langenbeck als ordentlicher Professor geführt.<sup>95</sup>

Allerdings muss bei Langenbeck berücksichtigt werden, dass sich seine Überprüfungen lediglich auf seine NSDAP- und SA-Mitgliedschaft bezog. Sein gesamtes berufliches Wirken spielte überhaupt keine Rolle. Denn die maßgeblichen Direktiven des Alliierten Kontrollrates – Nr. 12 vom 12. Januar 1946 und Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 – waren sehr stark auf die aktive Mitwirkung in den NS-Organisationen fokussiert. Weitere Tatbestände waren etwa, dass jemand nationalsozialistische Verbrechen unterstützt bzw. sich an ihnen bereichert hat oder erklärter Anhänger der NS-Ideologie bzw. Rassenlehre war. Auch wer seine Stellung bloß aus politischen Gründen bekommen hat, galt entsprechend als belastet. Tätigkeiten in der

---

<sup>91</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 291, Abschrift, Auszugsweise beglaubigte Abschrift, 7. Sitzung der Entnazifizierungskommission Greifswald-Stadt, 17.10.1947.

<sup>92</sup> Vgl. Damian van Melis: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945–1948, München 1999 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 56), S. 201.

<sup>93</sup> Vgl. Melis, Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern, S. 202–203, 216, 221–223, 226–237.

<sup>94</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 331, Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Innere Verwaltung und Planung, Landesentnazifizierungskommission, an den Kurator der Universität Rostock, 06.02.1948.

<sup>95</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 347, Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen, an den Kurator der Universität Rostock, 24.01.1949.

Forschung bzw. Wissenschaft werden in den Direktiven – abgesehen von einigen eigens genannten Einrichtungen – nicht einmal erwähnt.<sup>96</sup> Berufliches Wirken, sofern es nicht mit bestimmten Ämtern verknüpft war, spielte also eine nachrangige Rolle.

Zudem darf nicht vergessen werden, dass Langenbecks wissenschaftliches Wirken vermutlich mehr Bedeutung für das NS-Regime gehabt haben dürfte als irgendeine politische Betätigung etwa in einer NSDAP-Ortsgruppe. Doch über seine Forschungen und die daraus vermutlich resultierende Unterstützung des NS-Regimes verlor niemand ein Wort. Stattdessen wurde die vermeintlich unpolitische Haltung Langenbecks betont. Das hier anzutreffende Bild des „unpolitischen Professors“ gehörte über Jahrzehnte zur apologetischen Rechtfertigungsstrategie derjenigen, die in das NS-Regime verstrickt gewesen waren. Langenbeck selbst behauptete, sich „in der Wissenschaft nicht im nationalsozialistischen Sinne betätigt“ zu haben<sup>97</sup>, was aber angesichts der geschilderten Schwierigkeiten, überhaupt Informationen zu seiner Forschung zu bekommen, kaum nachgeprüft werden kann. Mit Blick auf die durch die Geheimhaltung schon angedeutete hohe Bedeutung seiner wissenschaftlichen Arbeit für das NS-Regime sind solche Aussagen ohnehin mit äußerster Vorsicht zu betrachten. Allerdings dürfte die Geheimhaltung schon Zeitgenossen es erschwert haben, von den Forschungstätigkeiten Rienäckers und Langenbecks zu wissen. Und wer davon wusste, wird dies wohl kaum kundgetan haben, da er ja Gefahr lief, sich so selbst zu belasten.

Insgesamt sind die Entnazifizierungsverfahren – insbesondere auch durch ihre damalige Auslegung – kaum geeignet, die tatsächliche Verstrickung einer Person in den NS-Staat vollständig zu erfassen und zu bewerten. Die Sanktionen, die theoretisch jedem Deutschen über 18 Jahre durch die Entnazifizierung drohten, trugen dazu bei, dass man sich gegenseitig entlastete. Der unbestreitbare Bedarf an Fachkräften zum Wiederaufbau eines vom Krieg zerstörten Landes führte dazu, dass alsbald die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den Hintergrund und die Reintegration potentiell belasteterer Personen in den Vordergrund rückte. Die Ergebnisse der Entnazifizierungsverfahren liefern somit zwar Einblicke in die NS-Vergangenheit des Entnazifizierten, die allerdings nicht ohne Weiteres übernommen werden sollten und eine historische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit keineswegs ersetzen können.

---

<sup>96</sup> Vgl. Kontrollratsdirektive Nr. 24, Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen vom 12.01.1946 (online unter: <http://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm>; abgerufen am 27.12.2020), Kontrollratsdirektive Nr. 38, Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen vom 12. Oktober 1946 (online unter <http://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>; abgerufen am 27.12.2020).

<sup>97</sup> Zit. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 195, Wolfgang Langenbeck an Seine Magnifizenz Herrn Prof. Dr. Rienäcker, 27.03.1947.

### **3. Grundlegende Quellenprobleme als Begrenzung für die Aussagekraft zur NS-Vergangenheit**

Geschichtswissenschaft kann stets nur versuchen, sich der historischen Wahrheit anzunähern. Völlige Gewissheit oder absolute Objektivität kann es dabei nicht geben, denn historische Fakten unterliegen zum einen der Interpretation, zum anderen sind die Entstehung und der Zustand der heute noch greifbaren Überlieferung zu beachten. Gerade Letzteres stellt eine methodisch kaum zu überwindende Grenze dar, denn wo keine Überlieferung mehr ist, kann nur interpretiert oder aus ähnlichen Vorgängen geschlussfolgert werden. Dies gilt insbesondere bei Aussagen zur NS-Belastung von Personen.

Die Überlieferung von Quellenmaterial aus der Zeit des „Dritten Reiches“ erscheint auf den ersten Blick uferlos und demnach ausreichend für die Beantwortung aller möglichen Fragen zu sein. Alleine für das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung – seit 1934 unterstanden ihm sämtliche Hochschulen und Forschungseinrichtungen – sind noch mehr als 25.000 Aufbewahrungseinheiten überliefert. Doch dieser Eindruck täuscht, denn oft sind die heute noch in den Archiven greifbaren Überlieferungen zur NS-Zeit trotz ihrer Fülle lückenhaft, sobald man mit konkreten Fragestellungen an sie herantritt bzw. versucht, umfassende Informationen zu einem bestimmten Einzelfall zu bekommen. Dies hat im Wesentlichen fünf Gründe:

1. Oft sind infolge des Krieges Unterlagen vernichtet worden, etwa bei Bombardements oder auch bei Kampfhandlungen. Zudem wurden auf Befehl des NS-Regimes ab Herbst 1944 gezielt Unterlagen – gerade mit brisanten Inhalten, Geheimhaltungsstufen oder ähnlichem – bei Feindannäherung vernichtet, sofern sie nicht mehr in rückwärtige Gebiete verlegt werden konnten. Diese Evakuierungen führten ihrerseits auch wieder zu Verlusten.
2. Längst nicht alle Unterlagen sind Teil der archivischen Überlieferung geworden. Dies trifft insbesondere bei Forschungsunterlagen zu. Allerdings kann die Situation je nach Provenienz variieren. An der Universität Rostock sind beispielsweise fast sämtliche Unterlagen und Briefwechsel zwischen der DFG und Professoren/Instituten nur noch im Bestand der DFG im Bundesarchiv (BArch R 73) nachweisbar, während sich im Universitätsarchiv nahezu keine Hinweise finden. Dies gilt auch für andere Auftraggeber von Forschungsprojekten. Professoren und anderes wissenschaftliches Personal dürften zudem ihre Korrespondenz, Forschungsnotizen, Buch- und Textmanuskripte privat aufbewahrt haben. Dadurch sind derartige Unterlagen in der

Regel auch nicht Teil der archivalischen Überlieferung; es sei denn, das Nachlässe<sup>98</sup> existieren.

3. Gerade Forschungen zu kriegswichtigen Themen unterlagen oft den verschiedenen Geheimhaltungsstufen, d.h. sie gehörten zu den Unterlagen, die bei Feindannäherung zu vernichten waren. Außerdem ist es nicht unwahrscheinlich, dass so manche Forscher sämtliche Aufzeichnungen und Dokumente, von denen er meinte, sie könnten ihn belasten, sollten sie den Alliierten in die Hände fallen, schlicht selbst vernichtet haben. Hinzu kommt, dass Forschungen für militärische Zwecke in den Unterlagen etwa der DFG nicht als solche erkennbar waren und zu Geheimhaltungszwecken beispielsweise auch Titel von Forschungs- und sogar Qualifikationsarbeiten abgeändert wurden, um den tatsächlichen Auftraggeber und Zweck zu verschleiern.<sup>99</sup>
4. Die Überlieferung der NSDAP und ihrer Organisationen ist auf regionaler Ebene äußerst lückenhaft. Gerade bei einfachen Parteimitgliedern oder auch sonstigen Funktionsträgern auf niedriger Ebene ist es so oft sehr schwer, deren Wirken innerhalb der NS-Organisationen überhaupt noch rekonstruieren zu können.
5. Bei Nachlässen bzw. bei noch in Privatbesitz befindlichen Unterlagen ist zu beachten, dass auch hier nicht nachvollziehbar ist, ob Unterlagen vollständig sind bzw. ob nicht über die Jahre Material, das eine Person belasten könnte, bewusst von dieser oder auch Angehörigen aussortiert oder gar vernichtet wurde.

Die Universität Rostock hatte aufgrund wiederholter und zum Teil massiver Bombardierungen ab 1941 etliche Schäden zu verzeichnen, auch wenn das Chemische Institut von einem direkten Treffer verschont geblieben ist. Insgesamt kann die Überlieferungssituation grundsätzlich als gut eingeschätzt werden. Allerdings sind im April 1945 weisungsgemäß eine ganze Reihe Unterlagen wegen Feindannäherung vernichtet wurden. Und dazu zählen die „Vollständigen Akten 2 N 1, betr. Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Wehrforschungsgemeinschaft“. Im Chemischen Institut gab es zumindest zeitweise sogar einen Panzerschrank, in dem Projekte mit Geheimhaltungsstufen aufbewahrt wurden. Es dürfte also ein Leichtes gewesen sein, die Unterlagen schnell und gründlich zu vernichten.<sup>100</sup> Damit dürften wohl nahezu sämtliche

---

<sup>98</sup> Zu Günther Rienäcker und Wolfgang Langenbeck existiert im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Berlin jeweils ein Nachlass. Unterlagen aus der NS-Zeit dürften darin wohl kaum zu finden sein.

<sup>99</sup> Vgl. Eberle, *Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus*, S. 508, 515; Nagel, *Wissenschaft für den Krieg*, S. 13 f., 318 f., 373, 559–570.

<sup>100</sup> Vgl. Detjens, *Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit*, S. 26, 220–225, 293–301.

Unterlagen zu Forschungen, die als „geheim“ deklariert waren – wie etwa bei militärischen Zwecken – verloren sein.

Die Universität Greifswald ist weitgehend ohne Schäden durch den Zweiten Weltkrieg gekommen. In der Nacht vom 26./27. April 1945 wurde die Stadt erstmals ernsthaft bombardiert. Bereits am 30. April erfolgte die kampflose Besetzung der Stadt durch sowjetische Truppen und in der Folgezeit kam es zu Plünderungen. Größere Aktenverluste durch Kriegseinwirkungen sind also nicht gegeben, dennoch existiert offenbar zu Langenbeck dort nur noch eine Personalakte, die aber keine weiteren Hinweise enthält.<sup>101</sup> Höchstwahrscheinlich wird auch die erwähnte Vernichtung von Unterlagen bei Feindannäherung umgesetzt worden sein.

Dresden wiederum wurde Mitte Februar 1945 durch Bombenangriffe massiv zerstört. Davon betroffen war auch die über die Stadt verteilte Hochschule, wobei das Chemische Institut weniger stark betroffen war. Außerdem wurden – wie in Rostock und anderswo – Geheimsachen oder andere Unterlagen gezielt vernichtet. Andere Unterlagen wiederum wurden durch die Sowjets nach Kriegsende nach Moskau abtransportiert. Zudem wurden bei dem Bombardement fast sämtliche Personalakten vernichtet, darunter auch Langenbecks.<sup>102</sup> In seiner Rostocker Personalakte liegen für die NS-Zeit oder auch davor keine Unterlagen. Da die Personalakten in der Regel mit der Person zusammen von einem Arbeitgeber zum nächsten gereicht wurden, dürften hierdurch etliche Unterlagen zu der Zeit bis 1945 vernichtet worden sein.

Die Überlieferung zur Abteilung Forschung des Heereswaffenamtes respektive zur Abteilung Wissenschaft des Oberkommandos der Wehrmacht ist ausgesprochen schlecht, was sich nach wie vor in Form entsprechend großer Lücken der Forschungsliteratur niederschlägt. In diesem Fall sind die Verluste vor allem auf gezielte Aktenvernichtungen von deutscher Seite zurückzuführen. Hinzu kommt, dass die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges Unterlagen, die sie für wichtig hielten, oft auch in ihre Heimatländer transportieren ließen, wo sie z.T. bis heute verwahrt sowie – gerade in Russland – auch noch unter Verschluss gehalten werden. Die beim WaF üblichen und ziemlich effektiven Geheimhaltungen erschweren die Arbeit zusätzlich.

---

<sup>101</sup> Vgl. Eberle, Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus, S. 12, 592–594, 773

<sup>102</sup> Vgl. UAR 1.11.0, PA Wolfgang Langenbeck, Bl. 441, Technische Universität Dresden, Rektorat, an das Archiv der Universität Rostock, 08.06.1972; Universitätsarchiv TU Dresden, Einführung in die Bestandsübersicht (online unter [https://tu-dresden.de/ua/archiv-bestaende/bestaende/einfuehr\\_bestaendsuebers#section-1](https://tu-dresden.de/ua/archiv-bestaende/bestaende/einfuehr_bestaendsuebers#section-1); abgerufen am 21.05.2020).

Denn selbst in den noch greifbaren Unterlagen sind die Informationen oft begrenzt auf Aufgabenstellungen oder nur vage Hinweise und Ergebnisse liegen meist gar nicht vor.<sup>103</sup>

Bei der Überlieferung zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihren Instituten ist die Situation ähnlich. Es gibt zwar eine Unmenge an Aktenüberlieferung, aber gerade Unterlagen zu militärischen Forschungsaufträgen wurden in einer separaten Geheim-Registratur geführt und am Ende des Zweiten Weltkrieges zerstört. So wurde auf Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht beispielsweise im Herbst 1944 angeordnet, die Unterlagen zu Forschung, Produktion und Entwicklung chemischer Waffen systematisch zu vernichten.<sup>104</sup>

Kurzum: das Fehlen von eindeutigen, belastenden Unterlagen muss nicht zwangsläufig heißen, dass es nichts Belastendes gegeben hat, sondern kann auch beuteten, dass belastendes Material nicht mehr existiert. Verdachtsmomente können daher weder zweifelsfrei bestätigt noch verneint werden. Von allzu pauschalen Zuordnungen im Sinne einer „Wahrheit“ sollte daher grundsätzlich abgesehen werden, denn es kann stets nur die historische Wahrheit aufgezeigt werden und diese wird durch die beschriebene Überlieferungsproblematik stark eingeschränkt.

---

<sup>103</sup> Vgl. Nagel, *Wissenschaft für den Krieg*, S. 13 f., 318 f., 373, 559–570.

<sup>104</sup> Vgl. Schmaltz, *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus*, S. 34 f.